

Initiativvorschlag „Ius soli“

Die Bundesverfassung wird wie folgt geändert:

Art. 38 Erwerb und Verlust der Bürgerrechte

1 Der Bund regelt Erwerb und Verlust der Bürgerrechte durch Abstammung, Heirat und Adoption. Er regelt zudem den Verlust des Schweizer Bürgerrechts aus anderen Gründen sowie die Wiedereinbürgerung.

2 Er erlässt Mindestvorschriften über die Einbürgerung von Ausländerinnen und Ausländern durch die Kantone und erteilt die Einbürgerungsbewilligung.

3 Er erleichtert die Einbürgerung staatenloser Kinder.

4 Kinder, die in der Schweiz geboren wurden und im Anschluss die ersten zehn Lebensjahre ohne Unterbruch in der Schweiz gelebt haben, erhalten das Bürgerrecht ihres aktuellen Wohnsitzkantons und Wohnsitzgemeinde.

WARUM?

Kinder die bis zu ihrem 10. Geburtstag in der Schweiz gelebt haben und hier geboren wurden sind weitestgehend in der Schweiz sozialisiert und verwurzelt. Bis zu diesem Zeitpunkt sind normalerweise bereits vier Schuljahre (ohne Kindergarten) in der Schweiz absolviert worden. Somit erhalten die Kinder mit ihrem 10. Geburtstag und (je nach Kanton) vor dem Übertritt in die Sekundarstufe das Bürgerrecht.

Der Wohnort ist dem Geburtsort als Bürgerort vorzuziehen, da eine Mehrheit der Geburten nicht Zuhause stattfinden sondern in einem Spital und somit meistens nicht in der Gemeinde in der das Kind anschliessend aufwächst.

WAS WÄREN DIE AUSWIRKUNGEN?

Wünschenswert wäre eine bessere Integration der Jugendlichen in unsere Gesellschaft, die auch mit dem Bürgerrecht zusammenhängt. Besonders wichtig scheint uns der „indirekte“ Weg über die Kinder. Die Kinder werden eingebürgert, egal ob die Eltern „gut integriert“ sind. Die Kinder erhalten das Bürgerrecht auch wenn ihre Eltern das nicht wollen.

Besonders könnte auch das politische Engagement der jungen frisch eingebürgerten erhöht werden, wenn sie nicht so lange auf ihre Einbürgerung warten müssten.

Eine konkrete staatspolitische Auswirkung der Initiative wäre, dass die Gemeinden nicht mehr die Autonomie besässen Einwohner einzubürgern oder nicht. Das ist wahrscheinlich auch ein grosser Kritikpunkt der Initiative. Auf der anderen Seite ist aber die Vergrösserung der „Basis“ unseres politischen Systems. Zur Zeit entscheidet eine relativ kleine Bevölkerungsgruppe über den Rest – ein solches System ist längerfristig nicht nachhaltig und nicht fair. Ändern wir es!

WIE UMSETZEN?

Verschiedene Ansätze sind denkbar. Im schlechtesten Fall würde die Regelung eingeführt aber nicht rückwirkend durchgesetzt.

Im besten Fall wird die Regelung rückwirkend eingeführt. Damit würden zwar auf einen Schlag sehr viele Leute eingebürgert – es ist aber sicherlich die faireste Lösung.